

von Lisa Hesse

Die Autorin (M.A., LL.M.) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Friedenssicherungsrecht und humanitäres Völkerrecht, Ruhr-Universität Bochum.

■ Neue Kooperation gegen Kindesmissbrauch

Das zentrale Ermittlungsbüro Thailands will zukünftig mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen und Verbrechensbekämpfung (UNODC) zusammenarbeiten. Diese Kooperation wird angestrebt, um gegen den Sex-tourismus im Land anzugehen. Im Fokus steht besonders das *Community Policing Project* des zentralen Ermittlungsbüros, welches in den Städten Bangkok, Pattaya und Chiang Mai implementiert werden soll. Hierbei sollen Polizeibeamte direkt mit Bürgern über Pro-

bleme sprechen um gemeinsame Lösungswege zu finden. Diese Art von Projekten hat sich bereits in anderen Ländern als erfolgreich erwiesen. In Uganda beispielsweise hat die Kooperation mit den Bürgern dazu geführt, dass die Verurteilungsraten für Sexualstraftäter gestiegen sind, in Kenia konnten die HIV/Aids Neuinfizierungsraten verringert werden. Neben der Schulung thailändischer Polizisten setzt UNODC ebenfalls das von Australien finanzierte System *Project Child-*

hood in den Ländern Thailand, Kambodscha, Laos und Vietnam ein. Dieses soll dazu beitragen, dass Kindesmissbrauchsstraftäter zukünftig schneller identifiziert und verurteilt werden können. Neben UNODC ist ebenfalls die in Frankreich beheimatete Nichtregierungsorganisation *World Vision* involviert und wird Polizeibeamten in den vier Ländern Informationen zu Sexualstraftätern zukommen lassen.

Vgl. BP 25.4.2012

■ Acht Jahre Gewalt in Südthailand

Ende April 2004 ereignete sich in einer Moschee in der Provinz Narathiwat, einer der südlichsten Provinzen Thailands, ein gewaltsamer Zusammenstoß zwischen Polizeibeamten und Aufständischen, bei dem 32 Personen ums Leben kamen. Gleichzeitig gab es Anschläge auf Sicherheitsposten in den Provinzen Yala, Patani und Songkhla, bei denen 105 Thais muslimischen Glaubens getötet wurden. Der sogenannte »Krue Sae Vorfall« war Auslöser für eine gesteigerte Polizeipräsenz in den Grenzprovinzen, um den bis heute anhaltenden Aufständen Herr zu werden. Bei einem Besuch des Innenministers Yon-gyuth Wichaidit Ende April soll erneut auf das Opferkompensa-

tionsschema aufmerksam gemacht werden, welches sich an Gewaltopfer in den betroffenen Provinzen richtet. Dies soll gestärkt werden um die neue, junge Generation von Aufständischen zum Umdenken zu motivieren. Eine zusätzliche Bildungs- und Aufklärungskampagne des Bildungsministeriums soll zur Herstellung des Friedens im Süden des Landes beitragen. Bereits in der Vergangenheit waren Stimmen in der Region laut geworden, die Premierministerin aufforderten, den Süden stärker in der nationalen Politik zu berücksichtigen und mehr Anreize für die Friedenswiederherstellung zu schaffen. Premierministerin Yingluck Shinawatra versicherte bei einem Besuch in der Region,

die Sicherheitsmaßnahmen auszuweiten und alle betroffenen Regionen gleich zu behandeln. Alle Bemühungen sollen zudem in Einklang mit den Richtlinien des Königs, der sich für Verständnis, Annäherung und Entwicklung im Südkonflikt einsetzt, durchgeführt werden. Die Mitwirkung der lokalen Bevölkerung bei allen Projekten soll im Fokus der zukünftigen Strategie sein. Seit den Gewaltausbrüchen im Jahr 2004 wurden mehr als 5.000 Menschen getötet. Zwar geht die thailändische Regierung davon aus, dass separatistische Gruppen für die Anschläge verantwortlich sind, bis jetzt hat sich jedoch keine Gruppe offiziell dazu bekannt.

Vgl. *The Nation* 27.4.2012/30.4.2012

■ Größter Marihuana-Fund der Geschichte

Ende April gelang der thailändischen Polizei die Sicherstellung von 3,45 Tonnen Marihuana mit einem geschätzten Verkaufswert von 1,2 Millionen Euro in einem Haus in der Provinz Saraburi. Der Fund ist der größte in der thailändischen Geschichte.

Ein weiteres Problem stellt der Drogenhandel innerhalb von Gefängnissen in Thailand dar. Innerhalb der letzten

sechs Monate wurden landesweit 60.000 Metaamphetamine, 9.513 Handys und 5.834 Sim-Karten sichergestellt. 28 Polizeiauf-seher wurden entlassen, da sie die verbotenen Stoffe und Gegenstände, die zur Kommunikation im Drogenhandel benutzt wurden, nicht beschlagnahmt hatten. Erschwert wird die Kontrolle des Drogenhandels innerhalb thailändischer Gefängnisse durch die

guten Außenkontakte der Gefangenen, beispielsweise mit lokalen Baufirmen, die bei Bauarbeiten in Gefängnissen die Drogen rein- und raus schmuggelten. Auch die Heirat mit lokal ansässigen Frauen wird oft als Mittel zur Drogenübergabe genutzt. Diese bekommen einfacher Besuchsrecht und können somit den Handel aus dem Gefängnis heraus weiterführen.

Vgl. *The Nation* 28.4.2012